

Februar 2019

„**Bienvenue en France**“

Frankreichs neue Internationalisierungsstrategie zur Erhöhung der Zahl ausländischer Studierender sorgt für Diskussionen

Lotta Resch

Vorstellung der Strategie

Am 19. November 2018 stellte der französische Premierminister Edouard Philippe im Rahmen der *Rencontres universitaires de la Francophonie* (Treffen der frankophonen Hochschuleinrichtungen) und im Beisein der Ministerin für Hochschulbildung, Forschung und Innovation, Frédérique Vidal, die Internationalisierungsstrategie „Bienvenue en France / Choose France“ vor.¹ Deren Zielsetzung: Bis 2027 die Zahl der internationalen Studierenden in Frankreich von 324.000 auf 500.000 pro Jahr zu erhöhen und gleichzeitig mehr französischen Studierenden einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Der Hintergrund für diese Strategie ist folgender: Frankreich ist aktuell für internationale Studierende (noch) das beliebteste nicht-englischsprachige Zielland und belegt auf den Rankings nach den USA, Großbritannien und Australien insgesamt Platz vier. Allerdings wächst die Zahl der internationalen Studierenden in Frankreich deutlich langsamer als in anderen Ländern, die eine offensivere Willkommens-Strategie haben, wie z.B. Deutschland, Russland, China oder Kanada. Die französische Regierung sieht also dringenden Handlungsbedarf - und das Problem vor allem in komplizierten Visaverfahren, Verwaltungshürden vor Ort, wenigen Studienmöglichkeiten in Englisch sowie einem fehlenden einheitlichen Willkommensprogramm. Um diese Situation zu verbessern, wurde die Internationalisierungsstrategie „Bienvenue en France“ ins Leben gerufen.

Die Maßnahmen der Strategie²

Verbesserung der Aufnahmebedingungen in Frankreich und an den französischen Hochschuleinrichtungen

- Ab dem Wintersemester 2019 soll das Visumsverfahren vereinfacht werden. Anträge internationaler Studierender sollen bevorzugt behandelt und über eine zentrale Stelle abgewickelt werden. Ab Mitte 2019 soll zusätzlich die Möglichkeit bestehen, das Visum online zu validieren und damit den Gang zur Ausländerbehörde zu vermeiden.
- Das französische Einwanderungs- und Asylgesetz vom 10. September 2018 sieht vor, dass internationale Studierende, die ihren Master oder ihre Promotion in Frankreich absolviert haben und seither in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, für die Jobsuche nach Frankreich zurückkehren können. In diesem Rahmen sollen ab März 2019 neue Aufenthaltstitel für diese Zielgruppe geschaffen werden.
- Des Weiteren kündigte die Regierung an, dass zur besseren Betreuung der Studierenden sogenannte „guichets uniques“ (Welcome Desks) an den französischen Hochschuleinrichtungen geschaffen bzw. ausgebaut werden sowie das Angebot an Französisch-Sprachkursen, Lehrangeboten auf Englisch und Online-Sprachkursen verdoppelt werden sollen.
- Darüber hinaus soll ein „Bienvenue en France“-Label für die Hochschulen eingerichtet werden, die sich besonders für die Betreuung ihrer internationalen Studierenden engagieren.

¹ Édouard Philippe (2018): Présentation de la stratégie d'attractivité pour les étudiants internationaux. URL: <https://www.gouvernement.fr/partage/10704-presentation-de-la-strategie-d-attractivite-pour-les-etudiants-internationaux>, letzter Zugriff: 08.01.2019.

² Gouvernement.fr (2018): "Bienvenue en France": la stratégie d'attractivité pour les étudiants internationaux. URL: <http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/cid136251/-bienvenue-en-france-la-strategie-d-attractivite-pour-les-etudiants-internationaux.html>, letzter Zugriff: 08.01.2019.

- Ab Januar 2019 soll für diese Maßnahmen eine Anschubfinanzierung von 10 Millionen € bereitgestellt werden.

Deutliche Erhöhung der Studiengebühren für nicht-europäische Studierende und gleichzeitige Verdreifachung der Stipendien

- Ab dem Wintersemester 2019 sollen nicht-europäische Studierende, die sich zum ersten Mal in Frankreich einschreiben, nicht mehr die gleichen Gebühren wie die französischen bzw. europäischen Studierenden zahlen - nämlich aktuell 170 € für einen grundständigen Studiengang, 243 € für einen Master, 380 € für ein Promotionsstudium - sondern 2.770 € für einen grundständigen Studiengang und 3.770 € für einen Master oder eine Promotion.
- Nicht betroffen sein von dieser Gebührenerhöhung sollen französische und europäische Studierende, internationale Studierende, die seit mehreren Jahren in Frankreich leben und/oder bereits in Frankreich eingeschrieben sind, Studierende, die im Rahmen eines Partnerschaftsabkommens zwischen ihrer Heimatuniversität und der französischen Universität nach Frankreich kommen (z.B. Erasmus+, Cotutelle-Promotionen) sowie Geflüchtete.
- Gleichzeitig verspricht die französische Regierung eine Verdreifachung der Stipendien für internationale Studierende von 7.000 auf 21.000 Stipendien pro Jahr (15.000 staatliche + 6.000 hochschulinterne Stipendien), sodass letztendlich laut des französischen Hochschul- und Forschungsministeriums (MESRI) nur ein Viertel der internationalen Studierenden von der Erhöhung der Studiengebühren betroffen sei.

Als Begründung für diese Maßnahme gibt die französische Regierung an, dass es ungerecht sei, wenn ein wohlhabender ausländischer Studierender, der zum Studium nach Frankreich komme, den gleichen Satz zahle wie ein wenig wohlhabender französischer Studierender, dessen Eltern seit Jahren in Frankreich leben, arbeiten und Steuern zahlen. Es handele sich also um eine gezielte Umverteilung der Studiengebühren, die die Finanzierung eines angemessenen Empfangs aller Studierenden ermöglichen soll.

Ausbau von Studiengängen und Einrichtungen französischer Hochschulen im Ausland

- Ab 2019 sollen über die Französische Entwicklungsagentur (Agence française de développement) 5 Millionen Euro für die Unterstützung und Finanzierung von Doppeldiplomen sowie der Präsenz der französischen Hochschullandschaft im Ausland zur Verfügung gestellt werden, danach jährlich 20 Millionen Euro.

Start einer internationalen Marketingkampagne für das Studium in Frankreich unter der Federführung der französischen Internationalisierungsagentur *Campus France*

- Die drei geografischen Hauptzielgruppen sind frankophone Länder, große aufstrebende Nationen wie Brasilien, China, Indien und Russland sowie das englischsprachige Afrika.

Reaktionen auf die Pläne der französischen Regierung

Die angekündigte Internationalisierungsstrategie wurde in Frankreich sehr kontrovers aufgenommen und hat für viele Diskussionen und Proteste an französischen Hochschulen gesorgt.

Während einige Politiker und Hochschulvertreter die Strategie und die dringend notwendige Akquise neuer Mittel begrüßen, zeigen sich andere Repräsentanten der französischen Hochschul- und Politikwelt sehr besorgt über die Erhöhung der Studiengebühren und den damit voraussichtlich verbundenen erschwerten Hochschulzugang für internationale Studierende aus einkommensschwachen Familien.

Die *Conférence des présidents d'université (CPU)* (französische Hochschulrektorenkonferenz) begrüßte die Strategie zunächst zwar generell, steht der angekündigten Studiengebührenerhöhung allerdings sehr kritisch gegenüber und fordert insbesondere eine Debatte über die Kriterien der Studiengebührenbefreiung an den einzelnen Universitäten.

Am 10. Dezember 2018 richtete die Ministerin einen erklärenden Brief an die Leiter der französischen Hochschulen, um die Dringlichkeit der Strategie und der Umverteilung der Mittel darzulegen sowie deren Maßnahmen zu verteidigen. Sie wies darin u.a. die Kritik zurück, die französische Regierung wolle internationale Studierende aus ärmeren Ländern ausgrenzen.

Anfang Januar distanzierte sich bei einer Abstimmung mehr als die Hälfte der Universitätspräsidenten (41 von 71) von der geplanten Erhöhung der Studiengebühren. Einige von ihnen kündigten sogar an, die neue Regelung an ihren Universitäten nicht einführen zu wollen bzw. im Notfall alle außereuropäischen Studierenden von der Erhöhung zu befreien.

Infolgedessen verhärteten sich Mitte Januar die Fronten: Bei einer Rede im Senat am 16. Januar erinnerte Frédérique Vidal die Universitätspräsidenten an ihre „Loyalitäts- und Gehorsamspflicht“ als Staatsbeamte, die Vertreter der *CPU* forderten wiederum eine Aussetzung der Maßnahme, zumindest solange, bis diese besser und gemeinsam ausgearbeitet sei.

Im Februar müssen die französische Regierung und die Hochschuleinrichtungen nun in die Verhandlungen zur konkreten Umsetzung der Strategie einsteigen. Inwiefern sich Kompromisse finden werden und inwieweit sich die ambitionierten Ziele der Mobilitätssteigerung mit der Erhöhung der Studiengebühren vereinbaren lassen, wird sich in den kommenden Wochen und Monaten zeigen.

Impressum

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50, D – 53175 Bonn
www.daad.de
Außenstelle Paris

Ansprechpartner

Lotta Resch
resch@daad.de

Christian Thimme
thimme@daad.de

© DAAD – Alle Rechte vorbehalten

Februar 2019